

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Antrag auf Aktuelle Stunde der Fraktion DIE LINKE - Gute Arbeit, gute Löhne und mehr Mitbestimmung bilden die Grundlage für ein gutes Leben im Land Brandenburg! - Drucksache 7/8414 vom 12.09.2023

Mehr Netto vom Brutto und hohe Investitionen sichern ein gutes Leben für die Brandenburger

Der Landtag stellt fest:

1. Deutschlands Wirtschaft steckt als einzige Volkswirtschaft in einer veritablen Rezession. Diese wurde allein durch das Handeln deutscher Politik verschuldet.
2. Das Land Brandenburg weigert sich, seine föderalen Möglichkeiten dazu zu nutzen, diese Politikfolgen im Land abzuschwächen und z. B. auf Bundesratsebene entschiedenen Widerstand zu leisten.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen,

1. dass der steuerliche Grundfreibetrag auf 23.500 Euro angehoben und regelmäßig weiter, der Inflation angepasst, erhöht wird.
2. dass alle Ausgleichsmittel für perspektivisch angenommene „Klimafolgen“ in Ausgleichsmittel für Klimapolitikfolgen umgewidmet werden.
3. dass die Pendlerpauschale erhöht wird.
4. dass die volkswirtschaftliche Verarmung aufgrund der Energiewende durch das Aufgeben der „Klimaziele“ und damit ihrer investitionshemmenden Folgen einerseits und des Geldverbrennens durch den Ausbau volatiler Energieformen andererseits beendet wird.
5. dass jegliche CO₂-Bepreisung gestoppt wird. Und schließlich
6. da der Sozialstaat mit offenen Grenzen nicht überlebensfähig ist, die jetzige Migrationspolitik zu stoppen und die Grenzen zu sichern.

Begründung:

Bereits im Mai forderte die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrages, der den arbeitenden Bürgern in der Zeit des durch die deutsche Politik verschuldeten Abschwungs den nötigen Spielraum verschafft.

In ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde verschweigt die Fraktion Die Linke sämtliche Problemlagen der deutschen Wirtschaft, die letztendlich zu niedrigeren Löhnen führen werden. Wirtschaftsfeindliche Politik, zu der natürlich auch die Steuergeldverschwendung der Migrationspolitik gehört, fördert Obdachlosigkeit und Verarmung, hohe Abgaben treiben Bürger zur Verzweiflung und Unternehmen ins Ausland.

Das Geld fehlt für Investitionen - eine Grundlage für langfristig gesicherte, hohe Löhne -, da es ins Ausland fließt und dort Wohlstand fördert. Und das Geld fehlt aufgrund der Abgaben den arbeitenden Menschen und wird nichtarbeitenden Bevölkerungsgruppen überwiesen.

Durch die Erhöhung des Grundfreibetrages bleibt den Menschen in den unteren Gehaltsklassen mehr Geld als durch die fragwürdige Erhöhung des Mindestlohns, der die Unternehmen eventuell dazu zwingt, verstärkt auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse auszuweichen.

Die Bürger müssen darüber hinaus von den hohen Energie- und Kraftstoffpreisen entlastet werden. Jegliche neuen Pläne zur Mehrbelastung müssen gestoppt werden.

Schließlich und endlich „träumt auch die Industrie nicht davon, morgen CO₂-frei zu sein, sondern davon, dass wir hier sinnvolle Technologien entwickeln, dass man ihr Freiräume lässt, sie zu entwickeln [...] um sie später vermarkten zu können. Innovationen sind schwierig, wenn wir ums Überleben kämpfen.“¹

Nur Steuer- und Abgabenerleichterung und der Abbau von Staatsinterventionen werden Leistungsfähigkeit fördern, Investitionshemmnisse abbauen und damit langfristig Renten und höhere Löhne sichern. Weitere Ausweitungen des Staatshandelns, das die bisherige Not verursacht hat, lehnen wir ab.

Gutes Leben in Brandenburg ist möglich, wenn die schlechten Eingriffe des Staates aufhören.

¹ Vgl. Rainer Dulger: „Wir schlafwandeln in die drohende Krise“, in: *Cicero* (September 2023), S. 74–80, hier S. 79.